

19. Juni 2008, 04:00 Uhr

VON CLAUDIA EHRENSTEIN

Kritik am angeblich größten Klimaschutz-Paket der Welt

Deutsche sollen 313 Milliarden Euro investieren

Berlin - Für den einen ist es Duplo, für den anderen die längste Praline der Welt. Das gestern im Kabinett beschlossene Energiesparkonzept der Bundesregierung versucht Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) als größtes Klimaschutzpaket der Welt zu verkaufen. Andere sehen darin eher eine Mogelpackung. Wie zum Beispiel der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU), der gestern sein Gutachten präsentierte: Der Ratsvorsitzende Hans-Joachim Koch bezweifelte, ob die anspruchsvollen Ziele erreicht werden könnten. Die auf der Kabinettsklausur vor einem Jahr in Meseberg beschlossenen Maßnahmen hätten in der Ressortabstimmung "problematische Federn gelassen".

Vor allem im Bereich der Wohngebäude würden die Energiesparpotenziale nicht ausgeschöpft, kritisierte Koch. Die Pflicht zum Öko-Haus beschränke sich lediglich auf Neubauten. Und diese würden ohnehin schon besser gedämmt. Aber auch der Altbaubestand müsse nachgerüstet werden. Nur dann ließen sich spürbare Einsparungen bei Energieverbrauch und damit eine Minderung des Ausstoßes von Kohlendioxid (CO₂) erreichen: "Wenn wir an den Bestand nicht rangehen, wird der Erfolg ausbleiben."

Bereits im Dezember 2007 hatte das Kabinett 14 Verordnungen und Gesetze zum Klimaschutz beschlossen, die inzwischen auch vom Bundestag gebilligt wurden. Dazu gehören die stärkere Förderung erneuerbarer Energien und die effizientere Erzeugung von Strom und Heizwärme. Jetzt wurden mit dem zweiten Klimapakete weitere Maßnahmen zum Energiesparen beschlossen. Die vorherige Detailabstimmung erfolgte zwischen den Ressorts Umwelt, Wirtschaft sowie Bau und Verkehr. Koch: "Auch Bundesagrarminister Horst Seehofer hätte mit am Verhandlungstisch sitzen müssen."

Die Landwirtschaft habe mit zwölf Prozent einen ebenso großen Anteil an den Treibhausgas-Emissionen wie der Verkehr. Doch der Agrarbereich werde in dem Klimapakete kaum in die Pflicht genommen. Koch forderte Seehofer auf, sich stärker für den Klimaschutz einzusetzen. "Es gibt keinen Königsweg im Klimaschutz", sagte Koch. Erst viele Einzelmaßnahmen führten in der Summe zum Erfolg. Auch die deutsche Autoindustrie spiele dabei eine wichtige Rolle. Sogenannte Premium-Modelle sollten nicht länger für groß und stark stehen. "Premium" sollte in Zukunft die beste Technik beschreiben - und das könne auch der Motor mit dem geringsten Verbrauch von Benzin oder Diesel sein.

Kritisch äußerte sich Koch zur Nutzung von Biosprit: "Das ist der teuerste Weg zum Klimaschutz." Effizienter und auch billiger sei es, aus Biomasse Heizwärme oder Strom zu gewinnen. Nicht zuletzt die Festlegung von Quoten zur Beimischung von Biosprit zu konventionellen Kraftstoffen habe weltweit zu einer regelrechten "Goldgräberstimmung" geführt. Gerade Entwicklungsländer würden in diesem Bereich große Chancen für den Export sehen. Die Bundesregierung habe inzwischen eingesehen, dass es ein Fehler war, Quoten festzulegen, bevor geklärt wurde, ob der Anbau von Soja oder Raps für die Biosprit-Produktion zu Lasten der Umwelt gehe. Die Bundesregierung will bis 2020 den Ausstoß von Treibhausgasen im Vergleich zu 1990 um insgesamt 40 Prozent reduzieren. Mit dem jetzt vorgelegten Klimapakete werde insgesamt bereits eine CO₂-Minderung um 35 Prozent erreicht, hieß es. So soll neben den verschärften Energiestandards für Neubauten die Maut von durchschnittlich 13,5 auf 16,2 Cent pro Kilometer erhöht und nach Schadstoffausstoß gestaffelt werden: Je weniger CO₂ ein Lkw ausstößt, desto geringer ist die Maut.

Mit der Einführung "intelligenter" Stromzähler sollen Verbraucher jederzeit ablesen können, wie viel Strom ein Kühlschrank oder eine Waschmaschine gerade verbraucht. Die Angaben liefern einen Anhaltspunkt, in welchem Bereich es sich besonders lohnt, in energiesparende Haushaltsgeräte zu investieren. Das Umweltministerium wollte den Einbau solcher Stromzähler zur Pflicht machen, das Wirtschaftsministerium setzte aber seine Forderung durch, die Maßnahme nur für Neubauten verpflichtend zu machen.

Zu den jetzt beschlossenen Maßnahmen gehört auch der Ausbau der vorhandenen Stromnetze, um vor allem den Öko-Strom, der von Windrädern auf hoher See erzeugt wird, weiterleiten zu können. In vier Pilotprojekten soll dabei das Verlegen von Hochspannungskabeln unter der Erde erprobt werden. Außerdem ist vorgesehen, die Heizkostenverordnung so zu ändern, dass in Mietwohnungen nicht nur 50 Prozent sondern 70 Prozent der Heizkosten nach dem tatsächlichen Verbrauch abgerechnet werden, was die Mieter zum Sparen anreizen soll.

Insgesamt sollen die Deutschen nach Vorstellung der Bundesregierung in den kommenden zwölf Jahren rund 313 Milliarden Euro in den Klimaschutz investieren. Alle Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs, sagte Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU), seien insgesamt ein Weg zur Dämpfung der steigenden Energiekosten für die Verbraucher.